Dann „ergänzte" er zum zweiten Male, ob die Verhandlungen gescheitert seien; die Regierung gab wieder keine Antwort. So war der erste Anfrager unter Heiterkeit erledigt.

Dem zweiten Anfrager ging es noch schlimmer. Abg. Fischer-Berlin wollte wissen, ob Arbeiter zugezogen würden zu den Verhandlungen über die Sicherung der Schiffahrt.

Staatssekretär Delbrück lehnte es ab und gab auf die „Ergänzung" die Antwort, er habe nichts mehr zu sagen. Allgemeine Heiterkeit war die Antwort des Reichstages. Ob die „kleinen Anfragen" nicht dadurch schnell abwirtschaften, ist doch eine offene Frage.

Nun folgte der Militäretat und zwar bei den Technischen Instituten.

Die Wünsche der Arbeiter und Beamten wurden u. a. vertreten durch die Abg. Trimborn u. Schirmer, die sich sehr eingehend mit dieser Materie befaßten. Der Rest des ganzen Militäretats wird ohne erhebliche Debatte angenommen; ebenso die Erhöhung der Mannschaftslöhnung ab 1. Oktober 1912 um 8 Pfennig.

Es folgte das Flottengesetz. Der Sozialdemokrat Bernstein sprach in einstündiger Rede gegen das ganze Flottengesetz und forderte Abrüstung. Das Haus vertagte sich auf morgen.

Politische Rundschau.

Dresden, den 15. Mai 1912.

— **Eine Aeußerung des Kaisers.** Der „Matin" meldet aus Straßburg: Der Kaiser war heute bei dem Staatssekretär Zorn v. Bulach zu Tische, und da lenkte sich die Unterhaltung auch auf die zahlreichen Zwischenfälle seit Einführung der Verfassung im elsaß-lothringischen Landtage. Dies veranlaßte den Kaiser zu folgender Bemerkung: „Wenn das so weiter fortgeht, so schlage ich die ganze Verfassung von Elsaß-Lothringen in Scherben! Bis jetzt kennen Sie mich nur von meiner guten Seite, man kann mich aber auch von einer anderen Seite kennen lernen. Wenn sich das nicht ändert, so mache ich aus Elsaß-Lothringen eine preußische Provinz!" Diese Worte, die der „Matin" aus bester Quelle erfahren haben will, erregen in allen Kreisen, wo sie bekannt wurden, das größte Aufsehen. Bis zur Stunde ist ein amtliches Dementi der angeblichen kaiserlichen Worte über eine Aufhebung der Verfassung in Elsaß-Lothringen nicht erschienen.

— **Preußisches Herrenhaus.** Der Gesetzentwurf betr. Bildung einer Genossenschaft zur Entwässerung des linksniederrheinischen Industriegebietes wird ohne Debatte der Agrarkommission überwiesen, ebenso der Entwurf eines Rawagesetzes. Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Vertretung der Berliner Synagogengemeinde. Der Gesetzentwurf wird mit kurzer Debatte erledigt. Es werden verschiedene Petitionen erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch.

— **Preußisches Abgeordnetenhaus.** Das eingegangene Gesuch des Justizministers betr. Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Abg. Borchardt und Leinert wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen. Die Beratung des Eisenbahnetats wird fortgesetzt. Der Entwurf wird an die Budgetkommission verwiesen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Dekaration und Ergänzung des § 24 des Gesetzes über das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen vom 26. Mai 1909. Der Gesetzentwurf wird in zweiter Lesung mit kurzer Debatte und sogleich in dritter Lesung ohne Debatte erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch.

— **Die Kammer der bayr. Abgeordneten** hat den Lotterievertrag mit Preußen entsprechend einen Antrag des Abgeordneten Held (Zentr.) zur nochmaligen Beratung an den Finanzausschuß zurückverwiesen. Es soll dabei auch die Frage erwogen werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenlotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus. Das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

— **Der bekannte Großindustrielle August Thyssen** in Mülheim (Ruhr) feiert am 17. Mai seinen 70. Geburtstag. Der Kaiser hat ihm den Kronenorden der II. Klasse verliehen.

— **Die Sicherheit der Seeschiffahrt.** Zu den Maßnahmen, die im Interesse der Sicherheit der Seeschiffahrt von der Reichsregierung getroffen werden, ist auch die geplante Schaffung einer Stelle für einen Reichs-Prüfungsinspektor zu rechnen, dem das Prüfungswesen der Schiffahrtsingenieure und Maschinisten unterstellt werden soll. Der Reichs-Prüfungsinspektor soll seinen Wohnsitz in Berlin haben, damit seine praktischen Erfahrungen und seine technischen Kenntnisse zugleich für die Bearbeitung der dieses Gebiet berührenden Angelegenheiten im Reichsamt des Innern verwertet werden können. Die Besetzung der Stelle dürfte schon in nächster Zeit erfolgen.

— **Sozialistische Strafanträge.** Die Sozialdemokraten, die schon einen Strafantrag gegen den Polizeileutnant Kolb gestellt haben, wollen nun auch einen solchen gegen den Präsidenten Freiherrn v. Erffa stellen.

— **Die Süddeutsche nationalliberale Korrespondenz,** die Hauptträgerin des Kampfes gegen Bassermann, wird, wie die Frankfurter Zeitung hört, in allernächster Zeit ihr Erscheinen einstellen.

— **Ende des Wehrvereins.** Wie die „Post" aus einwandfreier Quelle erfährt, werden Reichstagsabgeordneter Paasche und Landrat v. Dewitz ihre Aemter im Vorstande des Wehrvereins niederlegen. Schon gleich bei der Gründung des Wehrvereins hatte die freikonservative Presse sich sehr entschieden dagegen ausgesprochen, daß die beiden genannten Herren in den Vorstand aufgenommen worden sind. Dabei ist Herr Paasche dafür bekannt, daß er jede Vermehrung des Heeres und der Marine jubelnd begrüßt, trotzdem ist er in den Kreisen als unsicherer Kantonist angesehen worden.

— **Kundgebungen für das Jesuitengesetz.** Nicht bloß in der Presse und in den Parlamenten beschäftigt man sich mit dem bayerischen Jesuitenerlaß und den im Bundesrat bevorstehenden Verhandlungen, auch der Hetzbund zeigt sich wieder. So hat am 7. Mai der Hauptverein des Evangelischen Bundes in der Provinz Sachsen einstimmig folgende Kundgebung gefaßt: „Die aus allen Teilen der Provinz stark besuchte Mitgliederversammlung des sächsischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes zu Tangermünde legt im Interesse des nationalen und konfessionellen Friedens entschiedene Verwahrung gegen jede Abbröckelung des Jesuitengesetzes ein. Sie spricht unter dem ernsten Eindruck der bevorstehenden Entscheidung die bestimmte Erwartung aus, daß bei der angekündigten Interpretation des Jesuitengesetzes der Bundesrat und insbesondere die preußischen Bundesratsbevollmächtigten keinerlei Auslegung des Begriffes Ordenstätigkeit zustimmen werden, welche die dem Bundesrat obliegende „Sicherstellung des Vollzuges" des Jesuitengesetzes gefährdet." Aehnliche Kundgebungen liegen vor von Zweigvereinen des Evangelischen Bundes in Stralsund, Dresden, Bromberg, Leipzig, Pirna. Hat man etwas anderes erwartet? Wir sind nur gespannt darauf, ob der Bundesrat durch das kaudinische Joch des Hetzbundes marschiert.

— **Gute Folgen der Evangelischen Bundeshetze.** Aus Halle a. S. wird geschrieben: Vor kurzem erhielt ein katholischer Missionsgeistlicher einen versiegelten Brief mit 3000 Mark für seine Kirche. In dem Briefe — unterzeichnet „Ein evangelischer Christ" — gibt dieser als Gründe für seine hochherzige Gabe an, weil die betreffende Kirche arm sei und der Reparatur bedürfe, und weil ihm „die Verhetzung des Evangelischen Bundes nicht gefalle". Einen solchen Erfolg seiner Hetze wird der Evangelische Bund gewiß nicht erwartet haben.

— **Nutzen die Ordensleute dem Vaterlande?** Nach dem Generalbericht der Zentralstelle der Johanniter-Malteser-Genossenschaft in Rheinland und Westfalen im Deutsch-Französischen Kriege 1870/71, waren von den 81 freiwilligen katholischen Feldgeistlichen, welche diese Genossenschaft in die Lazarette und auf die Schlachtfelder Frankreichs entsandte: 33 Jesuiten, 9 Redemptoristen, 5 Lazaristen, 5 Franziskaner, 2 Kapuziner, 1 Dominikaner und 26 Weltgeistliche. Mit wahrem Heldenmute haben diese Priester mitten im Kampfgewühl ihren sterbenden Landsleuten die letzten Tröstungen der Religion gespendet. Wie lange noch werden die Katholiken Deutschlands die Unterstellung der für unser Vaterland selbstlos tätigen Jesuiten unter ein gehässiges Ausnahmegesetz sich gefallen lassen müssen?

— **Ein schwäbischer Hausknechtsparagraph.** Der „Schwäb. Merkur" erinnert daran, daß die Geschäftsordnung der württembergischen Zweiten Kammer ebenfalls die Bestimmung enthält: „Daß Mitglieder des Hauses vom Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen und nötigenfalls auf seine Anordnung hin entfernt werden können." In Württemberg ist diese Bestimmung einstimmig, auch von den sozialdemokratischen Abgeordneten, angenommen worden. Man sieht auch hieran wieder, wie wenig es den Herren vom „Vorwärts" auf die Wahrheit ankommt, wenn sie auf das rückständige Preußen mit ihren wüsten Schimpfereien losgehen; behauptete der „Vorwärts" doch, daß ein Vorfall, wie der im preußischen Abgeordnetenhause, nur im Junker-Preußen möglich gewesen sei, trotzdem auch der demokratische Süden nicht ohne ähnliche Maßnahmen auszukommen glaubt.

Oesterreich-Ungarn.

— **Die Justh-Partei obstruiert weiter.** Die Verhandlungen des Ministerpräsidenten Lukacs mit dem Führer der Justh-Partei über die Wehrreform und Wahlreform sind beendet worden, ohne zu einem Ergebnis geführt zu haben. Justh erklärte, daß der vom Ministerpräsidenten vorgelegte Wahlgesetzentwurf nicht als eine Verwirklichung des allgemeinen Stimmrechts angesehen werden könne, weswegen die Justh-Partei weiter gegen die Wehrvorlage obstruieren werde.

Rom.

— **Pilgerzüge.** Im nächsten Juli wird in Rom ein großer amerikanischer Pilgerzug erwartet; ferner sind angekündigt für September ein großer französischer Pilgerzug und für November ein Kölner Pilgerzug, mit dem auch der Erzbischof von Köln, Kardinal Fischer, der einer Operation wegen seine für April geplante Romreise hat verschieben müssen, kommen wird.

Italien.

— **Deputiertenkammer.** Die Kammer hat heute bei der Beratung des ersten Artikels der Wahlreform auf Antrag des Ministerpräsidenten Giolitti durch namentliche Abstimmung mit 206 gegen 67 Stimmen den Antrag Mirabelli, das Stimmrecht allen großjährigen Italienern zu gewähren, abgelehnt. Gleichfalls ist auf Verlangen Giolittis durch Handaufheben der Antrag Mirabelli, das Stimmrecht auch den Italienern zu verleihen, die nicht zum Reiche selbst gehören, abgelehnt worden.

Dänemark.

— **König Friedrich VIII. von Dänemark †.** Der dänische König, der seit kurzem in Hamburg weilte, ist heute nacht im Hotel „Hamburger Hof" wo er abgestiegen war, plötzlich am Herzschlag gestorben. König Friedrich VIII., evang.-luth. Konfession, geboren am 3. Juni 1843, regierte seit 29. Januar 1906. Er war vermählt mit der Tochter des verstorbenen Königs Karl XV. von Schweden, Luise, geboren am 31. Oktober 1851. Der Nachfolger des verstorbenen Monarchen ist der am 26. September 1870 geborene Kronprinz Christian, vermählt mit Alexandrine, Herzogin zu Mecklenburg. — Der König hatte sich gestern besonders wohl gefühlt und noch seine Freude geäußert, daß er heute frisch und gesund nach Kopenhagen zurückkehren werde. Gegen 10 Uhr unternahm er, wie er es jeden Abend zu tun pflegte, ohne Begleitung noch einen kurzen Spaziergang. Nicht sehr weit vom Hotel „Hamburger Hof" entfernt, wo der König mit der Königin wohnt, wurde der König von einem Unwohlsein befallen und bewußtlos in ein Auto gebracht, das ihn, da man den inzwischen entschlafenen König nicht erkannte, in ein hiesiges Krankenhaus brachte. Als der König nicht in das Hotel zurückkehrte, unternahm sofort das Gefolge des Königs und der Besitzer des Hotels alle erforderlichen Schritte. Noch im Laufe der Nacht wurde die Leiche des Königs nach dem Hotel übergeführt.

Großbritannien.

— **Der englische Kronprinz,** der bis zum September dieses Jahres in Paris bezw. Frankreich weilen wird, reist am 19. Mai nach Südfrankreich ab. Die Reise wird er im Automobil unternehmen. Dabei kommt er auch nach Toulon, wo er von den Hafenbehörden feierlich empfangen werden wird. Nach einer Besichtigung des Kriegshafens wird er sich an Bord des Schlachtschiffes Danton einschiffen und einem dreitägigen Manöver des französischen Mittelmeergeschwaders beiwohnen. An Bord des Danton bewohnt er die Gemächer des Admirals Lapeyrere. Dann setzt er seine Reise in die französischen Alpen fort.

Balkanstaaten.

— **Zur Lage.** Anderthalb Bataillone Infanterie und eine Gebirgsbatterie erreichten von Prischtina kommend Istock, wo sie sich mit den von Ipek ankommenden Truppen vereinigten. Die Ankunft der Artillerie machte einen ernüchternden Eindruck auf die Albanesen, welche in die Berge flüchteten. Die Truppen rückten nach und unterhielten die ganze Nacht hindurch ein lebhaftes, aber nutzloses Feuer mit den Albanern. Auf die Bitte des Kommandanten von Ipek, ihm vorsichtshalber Verstärkungen zu senden, gehen zwei Bataillone Infanterie und ein Bataillon Schützen von Saloniki nach Mitrowitza ab.

Marokko.

— **Farm Rentschhausen.** Zu der Nachricht französischer Blätter, daß auf der Farm Rentschhausen in Marokko Deserteure versteckt gehalten wurden, erhielt Herr Adolf Rentschhausen in Kötzschenbroda von seinem Vertreter in Tanger folgendes Telegramm: „Die französischen Pressenachrichten sind unzutreffend. Unsere Leute in Ulad-Besaan verneinen aufs bestimmteste, Deserteure auf der Farm versteckt zu haben." Am 7. Mai hat die französische Gesandtschaft in Tanger auf Grund der vom kaiserlichen Gesandten Freiherrn v. Seckendorff gemachten Vorstellungen durch Eilboten vom französischen Kommando Aufklärungen verlangt. Diese sind bis heute nicht eingetroffen, obgleich die Antwort bereits am 10. Mai hätte in Tanger sein können.

Paris, 15. Mai. Wie aus Udschda gemeldet wird, scheinen sich die Riffleute den Beni Uarains und anderen aufständischen Stämmen zwischen Tazza und dem Mulujafluße anschließen zu wollen. Bei Tafotalt wurden zwei unter dem Befehle eines französischen Offiziers stehende Goumier-Patrouillen, als sie den Mulujafluß überschritten, von Riffleuten angegriffen. Ein Goumier wurde getötet, zwei wurden verwundet.

Amerika.

— **Roosevelt** nahm gestern den Wahlkampf in Ohio wieder auf. Er wird im Staate Ohio bis nach Beendigung der Primärwahlen am 21. Mai bleiben und beabsichtigt 60 Reden zu halten. Bei Eröffnung seiner Wahlreden erklärte Roosevelt, der gegenwärtige Wahlfeldzug sei der größte seit dem Tode Abraham Lincolns.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 15. Mai 1912.

—* **Se. Majestät der König** begab sich heute vormittag von Wachwitz nach Bautzen, um auf dem dortigen Truppenübungsplatze den Eskadronsbesichtigungen beim 3. Husarenregiment Nr. 20 beizuwohnen.

—* **Der königlich sächsische Hof** hat aus Anlaß des Ablebens des Prinzen Heinrich XLIII. von Reuß j. L. eine dreitägige Trauer angelegt. — Die königlich sächsische Regierung hat durch den deutschen Gesandten in Kopenhagen aus Anlaß des Ablebens des Königs Friedrich VIII. der dänischen Regierung ihr wärmstes Beileid aussprechen lassen.

—* **Ihre Königliche Hoheit Prinzessin Mathilde** hat sich heute vormittag 11 Uhr 48 Min. von Pirna in Begleitung der Palastdame Freiin v. Gärtner zum Besuche der Erzherzogin Maria Josepha nach Miramar begeben. Die Rückkehr nach Hosterwitz erfolgt voraussichtlich am 4. Juni.

—* **Ehrung.** Auf eine 25jährige Zugehörigkeit zur Zweiten Kammer konnten gestern die beiden konservativen Abgeordneten Hockel-Crostwitz und Oekonomierat Horst-Mulda zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand gestern abend eine kleine Festlichkeit in der Ratsherrenstube des Ratsweinkellers statt, der neben den Mitgliedern der konservativen Fraktion der Zweiten Kammer auch andere frühere Abgeordnete, darunter Wirkl. Geh. Rat Dr. Mehnert, Geh. Oekonomieräte Andrä-Braunsdorf, Schubert-Euba und Steiger-Leutewitz, Oberjustizrat Dr. Kühlmorgen usw. beiwohnten. Geh. Hofrat Opitz gedachte der großen Verdienste des Herrn Oekonomierat Horst während seiner 25jährigen Tätigkeit als Mitglied der Kammer, während Herr Oberjustizrat Dr. Spieß-Pirna des 70jährigen Abgeordneten Hockel gedachte. Beide Jubilare dankten mit herzlichen Worten für die ihnen dargebrachte Ehrung, wobei sie mit Genugtuung auf die gemeinsam geleistete Arbeit hinwiesen.

—* **Von einer gescheiterten Versöhnungsaktion zwischen der konservativen und der nationalliberalen Fraktion der Zweiten Kammer** wird von konservativer Seite folgendes mitgeteilt: Im Laufe der vergangenen Woche sind von einigen hervorragenden Mitgliedern der Ersten Kammer Schritte getan worden, um die im Interesse des Landes so dringend angezeigte Wiederannäherung der konservativen und der nationalliberalen Partei anzubahnen. Es war selbstverständlich, daß hierbei auch die Frage wegen der künftigen Präsidentenwahl in der Zweiten Kammer in den Kreis der Erörterungen gezogen und, weil diese Frage den Ausgangspunkt für die Verschärfung der Gegensätze namentlich auf persönlichem Gebiete gebildet hatte, so auch zum Ausgangspunkte für die Versöhnungsaktion gemacht wurde. Anstatt aber auf die in dieser Beziehung gemachten, reiflichst erwogenen und den Interessen der beiden Parteien gerecht werdenden Vorschläge auch nur mit einem Worte einzugehen, überging die nationalliberale Fraktion in der von ihr hierauf abgegebenen Erklärung diese Vorschläge völlig und beschränkte sich darauf, ohne weiteres von der konservativen Partei zu erwarten, was ihr von dieser nur gegen die bedungene Gegenleistung gewährt werden konnte. Die von der nationalliberalen Fraktion erteilte Antwort kam sonach nicht bloß auf eine Ablehnung der von der konservativen Partei unterbreiteten Vorschläge hinaus, sondern entbehrte auch in der gewählten Form nicht des Anstrichs einer gewissen Geringschätzung des ihr von der anderen Seite bewiesenen Entgegenkommens. Die eingeleitete Versöhnungsaktion ist hiernach als gescheitert anzusehen und die Aussicht, daß in nächster Zeit auf sie zurückgekommen werden könnte, ausgeschlossen.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19120516/2